

Information
gemäß Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung
für Bewerber/-innen im Zuge des E-Recruitings der Stadtverwaltung
Mayen

Vorbemerkung

Die Stadtverwaltung Mayen verarbeitet personenbezogene Daten im Zusammenhang mit Auswahl- und Bewerbungsverfahren ausschließlich elektronisch über die Plattform www.interamt.de. Mit den nachfolgenden Informationen werden die Betroffenen über den Verantwortlichen, die Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung, die Kategorien von Empfängern personenbezogener Daten, die Dauer der Speicherung sowie die Betroffenen-, Widerrufs- und Beschwerderechte unterrichtet.

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung:

Stadtverwaltung Mayen:

Fachbereich 1 - Verwaltungssteuerung

Rosengasse 2

56727 Mayen

Tel.: 02651/880

E-Mail: personal@mayen.de

Beauftragte oder Beauftragter für den Datenschutz:

Stadtverwaltung Mayen

Datenschutzbeauftragter

Fachbereich 1

Rosengasse 2

56727 Mayen

Tel.: 02651/882301

E-Mail: datenschutz@mayen.de

2. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten

Im Zusammenhang mit der Durchführung von Bewerbungsprozessen verarbeitet die Stadtverwaltung Mayen personenbezogene Daten nur soweit dies erforderlich ist. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung ist § 20 Landesdatenschutzgesetz (LDSG) i.V.m. Art. 88 DS-GVO.

Es werden die folgenden Kategorien von personenbezogenen Daten verarbeitet:

- Kontaktdaten, insbesondere Vor- und Nachname, ggf. Titel, Adresse, Telefonnummer, E-Mail-Adresse,
- qualifikationsbezogene Daten, insbesondere Studienleistungen, Angaben zu Ausbildung und Berufserfahrung, Kopien von Zeugnissen und Zertifikaten und sonstige im Lebenslauf enthaltene und für eine Tätigkeit bei der Stadtverwaltung Mayen relevante Daten (zum Beispiel zu Stipendien, Bachelor- oder Masterthesen oder Dissertationen),
- Lichtbilder.

Besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Artikel 9 Absatz 1 DS-GVO -insbesondere Angaben, die Rückschlüsse auf die Gesundheit, Religion, ethnische Herkunft, politische Weltanschauung zulassen- finden keine Berücksichtigung im Bewerbungsprozess und werden dem folgend nicht verarbeitet.

3. Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten

Auf personenbezogene Daten haben nur die jeweiligen Personalverantwortlichen sowie der in das Auswahlverfahren einbezogene Fachbereich und, soweit gesetzlich vorgeschrieben, die jeweilige Interessenvertretung, die Gleichstellungsbeauftragte und/oder die Vertrauensperson schwerbehinderter Menschen Zugriff. Weitere Übermittlungen erfolgen nicht.

4. Dauer der Speicherung

Die Dauer der Speicherung beträgt –soweit das Bewerbungsgesuch nicht zu einer Einstellung geführt hat- 365 Tage nach dem Abschluss des Auswahlverfahrens zur Beweissicherung. Im Anschluss werden die Daten unwiderruflich gelöscht.

5. Betroffenenrechte

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:

- a) Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DS-GVO).
- b) Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Artikel 16 DS-GVO).

- c) Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Artikel 17 DS-GVO zutrifft.

Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Absatz 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DS-GVO.

- d) Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Artikel 18 Absatz 1 lit. b, c und d DS-GVO).

Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.

- e) Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Artikel 21 DS-GVO).

6. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde (Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, Hintere Bleiche 34, 55116 Mainz, Tel. 06131/2082449, Webseite: <http://www.datenschutz.rlp.de>), wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet